

**(A) Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt hat der Kollege Ulrich Kelber von der SPD-Fraktion das Wort.

**Ulrich Kelber (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde es schade, dass die meisten meiner Vorrednerinnen und Vorredner nicht dem üblichen Ritual widerstehen konnten, dem politischen Gegner jedes grundsätzliche Interesse am Thema abzusprechen. Da wird behauptet, dass in der Regierungszeit der anderen nie etwas umgesetzt wurde oder dass das, was in den Reden gesagt wurde, nicht ernsthaft gemeint war. Mit einem solchen Stil werden wir nicht überzeugen. Wir sollten uns nach wie vor um jedes einzelne Thema kümmern. Ich glaube, dass sowohl in der Zeit bis 2005 als auch in der Zeit nach 2005 im Verbraucherschutz wichtige Dinge umgesetzt wurden. Das kann man in den einzelnen Themenfeldern erkennen.

Zunächst einmal sollte man sich über das Ziel des Verbraucherschutzes verständigen. Ich finde es gut, dass wir das Bild vom mündigen Verbraucher und der informierten Verbraucherin teilen. Dass das für einen modernen Verbraucherschutz nicht ausreicht, ist aber auch klar. Wir müssen mithilfe des Ordnungsrechts erzwingen, dass Angebote vergleichbar werden. Wir haben zum Beispiel Regeln festgelegt, wie bei Krediten Zinssätze und verdeckte Kosten dargestellt werden müssen.

**(B) Wir müssen verhindern, dass eine so starke Marktmacht entsteht, dass Wahlfreiheit nur noch auf dem Papier steht, weil ein Monopol auf einem Markt herrscht.**

Wir müssen Regelungen merkbar machen; auch das ist wichtig. Man kann natürlich hochkomplexe Regelungen festlegen, die dann aber nur noch wenige für sich in Anspruch nehmen können. Man darf den mündigen Verbraucher und die informierte Verbraucherin nicht so missbrauchen, dass man von ihm bzw. ihr verlangt, zu einem wandelnden Lexikon oder einem wandelnden Taschenrechner zu werden. Das hat zum Beispiel Auswirkungen auf die Frage, wie ich die Kennzeichnung bei Lebensmitteln vornehme.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Schließlich kommen Gesetze und Ordnungsrecht überall dort zum Tragen, wo der Schutz der Gesundheit im Vordergrund steht. In diesem Bereich darf es eben nicht mehr möglich sein, alles Mögliche anzubieten, sondern ein bestimmter Standard muss von vornherein durchgesetzt werden.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Herr Kollege Kelber, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Höfken?

**Ulrich Kelber (SPD):**

Ja. Ich hatte die Frage zu einem späteren Zeitpunkt erwartet, aber ich erlaube sie auch schon gerne jetzt.

**Ulrike Höfken (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Angeregt durch das Stakkato der Kollegin Klöckner, bei der ich überlegt habe, ob ich ihr durch eine Frage zu mehr Redezeit verhelfen sollte, aber mich nicht mehr rechtzeitig gemeldet habe, möchte ich nun Sie, Herr Kelber, fragen, ob Sie der Auffassung sind, dass das Verbraucherinformationsgesetz noch erheblich zu verbessern ist. Beispielsweise erfüllt es ja nicht die Aufgabe, die kriminellen Machenschaften in der Fleischindustrie tatsächlich einzudämmen und so die schwarzen Schafe auszusortieren, wie das Minister Seehofer einst versprochen hatte.

Schwierig beim Verbraucherinformationsgesetz sind auch die Regelungen zu den Gebühren und zur Auskunftspflicht. So werden unglaublicherweise Betriebsgeheimnisse von Unternehmen so stark geschützt, dass der Verweis auf „sonstige wettbewerbsrelevante Informationen“ ausreicht, um den Informationsanspruch der Bürgerinnen und Bürger, die eigentlich ab Mai die Gelegenheit haben sollen, Auskünfte zu bekommen, einzuschränken.

(Otto Fricke [FDP]: Ist das eine Frage?)

Sind Sie also der Auffassung, dass dieses Verbraucherinformationsgesetz, so wie es die SPD immer gefordert hat, bald verbessert werden sollte und insbesondere beim Thema Lebensmittelkennzeichnung – das hat auch Frau Wolff schon dargestellt – eine deutliche Verbesserung nötig ist und dass Minister Seehofer das mitbedenken sollte?

**Ulrich Kelber (SPD):**

Frau Kollegin Höfken, für Statements ist normalerweise die Redezeit gedacht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Sie müssen sich eben beim nächsten Mal innerhalb Ihrer Fraktion durchsetzen.

Natürlich beantworte ich gerne Ihre Frage, die Sie mir wahrscheinlich auch deswegen gestellt haben, weil Sie meine Aussagen zum Verbraucherinformationsgesetz aus den Veröffentlichungen kennen. Daher wissen Sie, dass ich das Verbraucherinformationsgesetz zunächst einmal für einen großen Schritt nach vorne halte. Wir sollten die Verbraucherinnen und Verbraucher ermuntern, es zu nutzen, und ihnen nicht von vornherein Angst machen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind aber darüber hinaus der Meinung, dass es Aspekte gibt, die nach einer gewissen Zeit überprüft werden müssen. Das ist eine Aufgabe, an die wir herangehen müssen. Die Gebührenfrage ist unserer Ansicht nach nicht die wichtigste Frage. Wir sehen in der in diesem Gesetz festgelegten Gebührenordnung keine Schlechterstellung gegenüber dem Informationsfreiheitsgesetz, das wir in der Zeit von Rot-Grün gemeinsam umgesetzt haben. Ich hoffe, dass die Beamtinnen und Beamten die Verbraucherinnen und Verbraucher auf die Gebühren, mit denen zu rechnen ist, aufmerksam machen werden. Trotzdem fände ich es schön, wenn wir eines Tages auch

Ulrich Kelber

- (A) über so etwas wie die Erstellung von Kostenvoranschlägen in diesem Bereich reden könnten.

Was ist zu überprüfen, eventuell zu verbessern? Die erste Frage ist, ob bezüglich der Abwägung zwischen Betriebsgeheimnissen und dem Wunsch nach Herstellung von mehr Öffentlichkeit das Gesetz konkretisiert werden muss. Die zweite Frage ist, ob wir eine Ausweitung auf andere Bereiche, zum Beispiel auf die Dienstleistungen, vornehmen müssen. Die dritte Frage ist, ob wir für eine aktivere Rolle des Staates schon bei der Veröffentlichung von Informationen sorgen müssen. Das sind die Elemente, über die man ein Jahr nach Einführung dieses Gesetzes sprechen sollte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Frau Höfken, das war meine Antwort. Ich denke, sie war mehr als ausreichend, auch wenn sie nicht ganz so lang war wie Ihr Statement.

Wenn wir unsere Vorstellung von Verbraucherschutz und der Rolle der Verbraucherinnen und Verbrauchern mit der Wirklichkeit vergleichen, dann werden die einzelnen Aufgaben der Verbraucherschutzpolitik deutlich.

- (B) Ein Punkt, um den wir uns gegenwärtig kümmern, auch wenn die Federführung nicht bei unserem Ausschuss liegt, ist das Scoring bei Krediten. Die erste Frage hierzu lautet: Warum bieten Banken Kunden einen Kredit zu einem anderen Prozentsatz an als zu dem, mit dem sie werben, bzw. wie kommt es, dass sie sogar Kredite gänzlich verweigern, weil das Risiko zu hoch sei? Die zweite Frage hierzu lautet: Welche Daten werden verwendet? Können wir ausschließen, dass Daten, auf die ich persönlich überhaupt keinen Einfluss habe, zum Beispiel die Wohnumgebung, mein Alter und Ähnliches, zu Diskriminierungen führen? Es ist also notwendig, das Scoring gesellschaftlich zu kontrollieren. Es geht nicht darum, das Scoring abzuschaffen. Es liegt nämlich durchaus im Interesse aller Bankkunden, dass Kreditausfälle nicht zu häufig auftreten. Es ist aber sicherzustellen, dass beim Scoring nur die Daten verwendet werden, die gesellschaftlich akzeptabel sind. Außerdem müssen die Verbraucherinnen und Verbraucher darüber informiert werden, warum ihnen bestimmte Angebote vorenthalten werden, damit sie aktiv darauf hinwirken können, bessere Angebote zu erhalten. Das ist ein Bereich des Verbraucherschutzes, in dem wir vorankommen wollen.

Über das Thema der Kennzeichnung hat die Kollegin Wolff bereits gesprochen. Vor kurzem haben wir uns auf das „Ohne Gentechnik“-Siegel geeinigt. Das wurde von allen Verbraucherschutzverbänden als großer Durchbruch dargestellt.

(Hans-Michael Goldman [FDP]: Aber es ist Gentechnik drin!)

Ich glaube, wir brauchen langfristig auch noch mehr klare Kennzeichnungen, ohne die Verbraucherinnen und Verbraucher dadurch zu überfordern. Es geht zum Beispiel um die soziale Verantwortung bei der Herstellung von Produkten, also um Fragen der Art und Weise und

des Ortes der Produktion. Das hat ja Auswirkungen auf die Entstehung oder den Abbau von Arbeitsplätzen. Den Verbraucherinnen und Verbrauchern müssen hier Vergleichsmaßstäbe geboten werden, damit sie in ihre Kaufentscheidung auch gesellschaftliche Umstände einbeziehen können. (C)

Sie haben ganz aktuell mitbekommen, dass Justiz- und Verbraucherschutzministerium einen gemeinsamen Vorschlag hinsichtlich der Werbeanrufe vorgelegt haben. Es geht dabei sowohl um die Werbeanrufe, die schon heute, nach geltendem Recht, illegal sind, als auch um die, mit denen auf Basis einer schon bestehenden Geschäftsbeziehung etwas erreicht werden soll. Ich finde es gut, dass wir die Regelung hinsichtlich der illegalen Anrufe weiter verschärft haben: Künftig ist die Rufnummerunterdrückung nicht mehr erlaubt. Die heutige Technik macht es möglich, die Nummer desjenigen, der die Rufnummerunterdrückung aktiviert hat, nachzuvollziehen. So kann das Bußgeld klar zugeordnet werden. Außerdem regeln wir klar, unter welchen Bedingungen ein Vertrag am Telefon abgeschlossen werden kann. Ich meine aber, dass man über das Ziel hinausschießt – ich meine nicht die Abgeordneten aus der Koalition –, wenn man grundsätzlich eine schriftliche Vereinbarung fordert. Das nützt nichts, denn es würde bedeuten, dass man nicht einmal eine Pizza oder ein Taxi per Telefon bestellen kann. Das wollen wir nicht.

Uns geht es um Folgendes: Bei einem Zeitschriftenbezug kann ich sagen, dass ich diese Zeitung nicht haben will, und den Vertrag widerrufen. Bei Verträgen mit Strom- oder Telefonanbietern und bei bestimmten Bankdienstleistungen bekomme ich aber nichts Schriftliches in die Hand, obwohl die Dienstleistung beginnt. Für solche Fälle verlangen wir in Zukunft eine schriftliche Bestätigung, weil der Verbraucher sein Recht auf Widerruf sonst nicht wahrnehmen kann. Dadurch werden wir eine Unart, die Einzug gehalten hat, innerhalb kürzester Zeit abwürgen. Ich halte das für einen großen Schritt in Sachen Verbraucherschutz. (D)

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Manfred Grund [CDU/CSU])

Die Richtlinie der Europäischen Union zu den Fahrgastrechten werden wir in Deutschland zum frühestmöglichen Zeitpunkt umsetzen. Ich halte es für wichtig, dass wir eine Form wählen, die erstens für angemessene Entschädigung der Betroffenen sorgt, zweitens den Druck erhöht, auf der gesamten Verkehrskette für Pünktlichkeit zu sorgen, und drittens merkbar ist. Das heißt, wir sollten im Fernverkehr nicht eine Regelung treffen, die wir nach wenigen Jahren, wenn die europäische Richtlinie verbindlich wird, nicht mehr aufrechterhalten können. Vielmehr sollten wir sie möglichst nah an der Richtlinie orientiert gestalten. Wir sollten überall dort, wo es möglich ist, im Fern- und Nahverkehr vergleichbare Regelungen vorsehen. Ich möchte die Verbraucherin oder den Verbraucher sehen, die oder der unterscheidet, zu welchem Geschäftsbereich ein Zug gehört. Wenn man nur diese Kriterien ansetzt, kann man deutlich über das hinausgehen, was sich der Hauptbetreiber, die Deutsche Bahn AG, heute so an Verbraucherinnen- und Verbrau-

Ulrich Kelber

- (A) cherrechten in seinem Bereich wünscht. Das Gute ist: Die Politik wird die Bedingungen festlegen und nicht die Deutsche Bahn AG.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ganz aktuell führen wir eine Diskussion über einen Informantenschutz im Bereich von Lebensmitteln. Ich danke Herrn Goldmann dafür, dass er die Presse im Laufe des heutigen Tages auf diesen Bereich aufmerksam gemacht hat. Ich bin mir sicher, dass wir sehr schnell für einen deutlichen Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sorgen werden, die die Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, dass der Betrieb, in dem sie arbeiten, illegal handelt oder sogar Gesundheit und Leben der Verbraucherinnen und Verbraucher gefährdet. Diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen geschützt werden. Eine entsprechende Regelung brauchen wir noch im ersten Halbjahr 2008.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Hans-Michael Goldmann [FDP]: Und deswegen habt ihr gestern verschoben?)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/8499 mit dem Titel „Verbraucherpolitischen Bericht vorlegen“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist abgelehnt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen.

- (B) Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Moderne Verbraucherpolitik fortführen und weiterentwickeln“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/8398, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/684 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP-Fraktion bei Gegenstimmen von Bündnis 90/Die Grünen und Enthaltung der Fraktion Die Linke.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 6 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Sibylle Pfeiffer, Dr. Christian Ruck, Dr. Wolf Bauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Walter Riester, Dr. Sascha Raabe, Gabriele Groneberg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 6 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Sibylle Pfeiffer, Dr. Christian Ruck, Dr. Wolf Bauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Walter Riester, Dr. Sascha Raabe, Gabriele Groneberg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

**Entwicklungs- und Schwellenländer verstärkt beim Aufbau und bei Reformen von sozialen Sicherungssystemen unterstützen und soziale**

**Sicherung als Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit implementieren** (C)

– Drucksachen 16/7747, 16/8484 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Sibylle Pfeiffer  
Walter Riester  
Dr. Karl Addicks  
Hüseyin-Kenan Aydin  
Ute Koczy

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Es gibt keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner das Wort dem Kollegen Walter Riester von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Walter Riester (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich sehr, auf welche breite Zustimmung dieser Antrag, den wir heute beschließen wollen, während der Beratung in den Fachausschüssen und in der Rückkopplung mit dem Ministerium bei den Vorfeldorganisationen der Entwicklungsarbeit – der GTZ und der KfW – und auch bei vielen Nichtregierungsorganisationen gestoßen ist. Warum ist die Zustimmung so groß? Ich glaube, vor allem deswegen, weil erkannt wird, dass Armutsbekämpfung in den Entwicklungs- und Schwellenländern langfristiger und nachhaltiger Strukturen bedarf, die die Menschen in die Lage versetzen, die großen Lebensrisiken wie Krankheit, Altersarmut und die generelle Verbreitung der Armut selbst zu bewältigen.

Ich möchte auf einige Argumente eingehen, die ich im Verlauf der Debatte gehört habe und die mit dem Antrag eigentlich nichts zu tun haben, sondern aus unserer eigenen, zu engen Sichtweise der Thematik entstanden sind.

Es geht natürlich nicht darum, sozusagen den Schatten Bismarcks über Afrika zu legen oder Diskussionen über das Gesundheitswesen oder die Riester-Rente, die wir hier in Deutschland haben, in Lateinamerika oder in Asien anzustoßen. Nein, es geht darum, zu erkennen, dass sich die Voraussetzungen in den Ländern, über die wir sprechen, ganz gravierend von den Voraussetzungen bei uns in Deutschland unterscheiden und wir deswegen Ansatzpunkte brauchen, die jenen Voraussetzungen gerecht werden.

In allen diesen Ländern können wir aber sehen, dass die ursprünglich von den Familien getragene Sicherung zunehmend zerbricht, keine strukturellen Alternativen da sind und deswegen dauerhafte Armutsminderung kaum angegangen werden kann. Die Voraussetzungen sind aber nicht in allen Ländern gleich. Einerseits haben wir Länder, in denen es kaum Krankenhäuser gibt und kaum Pflegepersonal vorhanden ist. Andererseits haben wir Länder wie beispielsweise Südafrika – das habe ich schon in der ersten Debatte gesagt –, die sozusagen Leuchttürme des entwickelten Gesundheitswesens

(D)